V1 Feministische Führungskompetenz konsequent stärken

Antragsteller*in: Leni Walmroth (KV Koblenz)
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

Antragstext

Der Bundesfrauenrat möge beschließen:

1. Die Landesgeschäftsstellen werden aufgefordert, mindestens einmal jährlich Fortbildungs- und Workshopangebote zu den Themen
    - Feministische Führung und Female Leadership
    - Kritische Männlichkeit und Machtreflexion
    - Intersektionale Perspektiven in politischer Praxis
    - Umgang mit Sexismus, Diskriminierung und strukturellen Machtasymmetrien

für Amts- und Mandatsträger*innen, sowie Personen in Führungsverantwortung für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mindestens auf Landes-, Bundes- und Europaebene, je nach Möglichkeit auch auf kommunaler Ebene, anzubieten. Diese Angebote können sowohl von parteiinternen Expert*innen, als auch von qualifizierten externen Referent*innen oder entsprechenden Anbietern durchgeführt werden.

2. Die Landesverbände werden gebeten, die Teilnahme von Amts- und Mandatsträger*innen ausdrücklich zu empfehlen und als Teil einer politischen Selbstverpflichtung im Sinne unseres feministischen Selbstverständnisses zu kommunizieren.

3. Der Bundesvorstand wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern perspektivisch eine verbindlichere Ausgestaltung solcher Qualifizierungsmaßnahmen möglich ist.

Begründung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen sich als feministische Partei. Intersektionaler Feminismus ist kein Zusatz, sondern gehört zu unserem politischen Kern. Dieser Anspruch muss sich auch in unserer innerparteilichen Kultur und in unserem Führungsverständnis widerspiegeln.

Doch auch in einer feministischen Partei wirken gesellschaftliche Machtverhältnisse fort. Studien und Erfahrungen zeigen, dass Männer in politischen Gremien häufiger sprechen, informelle Netzwerke dominieren und in Führungsrollen anders wahrgenommen werden als Frauen oder nichtbinäre Personen. Hinzu kommen intersektionale Benachteiligungen durch Herkunft, Klasse, Behinderung oder sexuelle Identität.

Deswegen richtet sich feministische Qualifizierung explizit an alle Menschen in Verantwortung; auch Frauen und nichtbinäre Personen. Patriarchale Muster und gesellschaftliche Rollenbilder, mit denen wir alle sozialisiert wurden, können geschlechtsunabhängig weiter wirken. Auch Frauen und nichtbinäre Personen bewegen sich in bestehenden Machtstrukturen und können diese unbewusst reproduzieren. Zudem geht es bei feministischer Führung nicht nur um das Verlernen diskriminierender Verhaltensweisen, sondern um den aktiven Aufbau solidarischer, inklusiver und intersektionaler Führungskulturen. Diese Kompetenzen sind für alle Amts- und Mandatsträger*innen gleichermaßen relevant.

Feministische Führung bedeutet auch, Macht zu reflektieren, Diskriminierung aktiv entgegenzutreten und Räume für unterschiedliche Perspektiven zu öffnen. Denn nur da, wo Macht sichtbar gemacht wird, können veraltete Muster aufgebrochen werden. Diese Kompetenzen entstehen jedoch nicht automatisch mit Antritt eines Amts oder Mandats. Sie müssen bewusst erlernt, eingeübt und immer wieder reflektiert werden.

Regelmäßige, qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote schaffen einen strukturellen Rahmen dafür. Sie entlasten Einzelpersonen davon, Missstände ständig selbst benennen zu müssen, und stärken eine gemeinsame politische Kultur.

Wenn wir intersektionalen Feminismus ernst nehmen, dann gehört es dazu, auch unsere eigenen Strukturen kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu hinterfragen. Mit diesem Antrag setzen wir ein klares Signal: Feministische Führung ist keine Privatsache, sondern Teil unserer politischen Verantwortung.